

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am  
23.05.2013**

***öffentlich***

---

|                     |                                                                    |
|---------------------|--------------------------------------------------------------------|
| <b>Ort:</b>         | <b>Stadthaus<br/>Kleiner Saal<br/>Marktplatz 2<br/>06110 Halle</b> |
| <b>Zeit:</b>        | <b>16:00 Uhr bis 16:50 Uhr</b>                                     |
| <b>Anwesenheit:</b> | <b>siehe Teilnehmerverzeichnis</b>                                 |

### **Anwesend sind:**

#### **Vorsitzende**

Frau Hanna Haupt

SPD

Herr Andreas Schachtschneider

CDU

Frau Heike Wießner

CDU

Frau Ute Haupt

DIE LINKE.

Herr René Trömel

DIE LINKE.

Frau Katja Raab

FDP

Frau Sabine Wolff

MitBÜRGER für Halle – Neues Forum

Herr Steffen Ahrens

Stellv. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Stimmb. Mitglieder (freie Träger)**

Herr Uwe Kramer

Frau Helga Schubert

Herr Leonhard Dölle

Frau Beate Gellert

#### **Beratende Mitglieder**

Frau Katharina Brederlow

amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung

Herr KR Ralf Berger

Polizei Halle

Frau Ilona Hackel

Arbeitsagentur Halle

Frau Renate Leonhard

Kath. Propsteipfarramt

Herr Rene Moses

Humanist. Regionalverband

Frau Tatjana Privorozkaja

Jüdische Gemeinde zu Halle

Herr Mirko Petrick

Kinder- und Jugendbeauftragter

Herr Kevin Klose

Kinder- und Jugendrat

Frau Schneutzer

Beauftragte für Migration und Integration

#### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Klaus Hopfgarten

SPD

Frau Dr. Inès Brock

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Antje Klotsch

stimmb. Mitglied (Freie Träger)

Frau Kerstin Masur

stimmb. Mitglied (Freie Träger)

Herr Tobias Kogge

Beigeordneter für Bildung und Soziales

Herr Dr. Hendrik Kluge

Evangelischer Kirchenkreis

Herr Richter Glomski

Amtsgericht Halle

Frau C. Messerschmidt

LVA, Abt. Schule und Kultur

Frau Anja Pohl

Stadtelternbeirat

Frau Carmen Wiebach

Jobcenter Halle

Frau Susanne Wildner

Gleichstellungsbeauftragte

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** eröffnete die öffentliche Sondersitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** sprach zur Tagesordnung an, dass:

- die Vorlage zum TOP 3.2 heute erst den Mitgliedern vorliegt. Hierzu wird die Verwaltung sich äußern. Auf Grund der Dringlichkeit der Behandlung unterbreitet sie den Vorschlag, diese Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen.
- zum TOP 4.1. der Antrag von Frau Schubert irrtümlich nicht zugesendet worden ist, wofür sich die Verwaltung entschuldigt. Dieser liegt heute aus. Die Stellungnahme wird durch die Verwaltung hierzu mündlich vorgetragen.
- TOP 6.1 wird abgesetzt. Hierzu wird im JHA Juli eine Beschlussvorlage vorgelegt werden.

Sie gab das Wort an Frau Brederlow.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)** sprach zur heute vorgelegten Beschlussvorlage zum TOP 3.2 an, dass heute erst diese Beschlussvorlage ausgelegt werden konnte. Die Behandlung ist sicher schwierig, da es eine Tischvorlage ist. Auf Grund der Priorität der Behandlung bittet sie dennoch darum, diese Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen. Es gab hierzu innerhalb der Verwaltung zahlreiche Abstimmungsprozesse. Ein großes Problem stellen hierbei die Mehrkosten dar. Hierbei ist die Frage, ob diese durch die Landeszuweisungen gedeckt werden können.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** sprach an, dass diese Beschlussvorlage heute nicht behandelt werden kann, da diese den Mitgliedern nicht vorgelegen hat.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)** warnt eindringlich davor, die Behandlung der Vorlage zu verschieben. Da ab 01.08.2013 das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG) greift, benötigen die Träger von Kindertageseinrichtungen eine angepasste Benutzungssatzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen. Die Träger als auch die Eltern benötigen eine Grundlage entsprechend der neuen Gesetzeslage im KiFöG.

**Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE,** erklärte sich damit einverstanden, dass diese Beschlussvorlage auf der Tagesordnung bleibt. Aber nur, wenn es eine Einigung dazu gibt, dass diese Vorlage heute von der Verwaltung eingebracht wird und die Behandlung erst zur nächsten Sitzung erfolgt.

**Vertreter der freien Träger** baten ebenfalls darum, dass diese Vorlage heute eingebracht wird, da hierzu dringend ein Beschluss bis spätestens Juli vorliegen muss, um eine Handlungsgrundlage ab dem 01.08.2013 zu haben.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** monierte außer zum TOP 3.2, dass die Einladung zur Sitzung von der Vorsitzenden nicht unterschrieben wurde, sondern nur ein „gezeichnet“ bei deren Namen steht. Der Antrag zum TOP 4.1 lag ebenfalls vorab nicht vor, dieser müsste demzufolge abgesetzt werden.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** sprach an, dass sich die Verwaltung für die Formfehler bereits entschuldigt hat und sie dafür ist, dass die TOP 3.2 als auch der Antrag unter 4.1. auf der Tagesordnung belassen werden. Dies unterbreitet sie als Vorschlag und bittet um Äußerung dazu. Da es keine weiteren Monierungen gab wurde zur geänderten Tagesordnung, hier Absetzung des TOP 6.1, abgestimmt.

## **Der geänderten Tagesordnung wurde zugestimmt.**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
  - 3.1. Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Jugendschöffen und Jugendschöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle (Saale) für die Amtsperiode 01.01.2014 bis 31.12.2018  
Vorlage: V/2013/11677
  - 3.2. Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG  
Vorlage: V/2013/11693
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern (Freie Träger) im JHA
  - 4.1. Antrag Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im JHA auf Umsetzung des Stadtratsbeschlusses , vorlage V/2012/11263, bis zum 31.05.2013  
Vorlage: V/2013/11668
5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
  - 6.1. Anpassung der Finanzierungsrichtlinie an die Gesetzesänderung KiFöG  
Vorlage: V/2013/11667 **abgesetzt**
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
8. Anregungen

## **zu 3        Beschlussvorlagen**

- 
- zu 3.1        Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Jugendschöffen und Jugendschöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle (Saale) für die Amtsperiode 01.01.2014 bis 31.12.2018  
Vorlage: V/2013/11677**
- 

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** stellte fest, dass diese Beschlussvorlage fristgerecht den Mitgliedern zugegangen ist. Gibt es Anfragen hierzu?

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** fragte an, ob auf der Personenliste alle Personen, welche sich für das Ehrenamt des Jugendschöffen beworben haben, enthalten sind.

Dies wurde durch **die Verwaltung bejaht.**

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** merkte an, dass sie erstaunt war, dass sich die weiblichen Bewerberinnen bei der Angabe zur Berufsbezeichnung die männliche Form gegeben haben, dies waren über 20% der Frauen. Sie fragte die Verwaltung, ob dies tatsächlich durch die

weiblichen Bewerberinnen so angegeben wurde oder dies durch die Verwaltung so in der Personenliste eingetragen worden war.

**Die Verwaltung bestätigte**, dass analog der Bewerbungsunterlagen dies so in die Personenliste übernommen worden war.

Es gab keine weiteren Hinweise und Anfragen, so dass **Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, zur Abstimmung aufrief.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss schlägt dem Jugendschöffenwahlausschuss gemäß § 35 Abs. 1 JGG (Jugendgerichtsgesetz vom 11.12.1974, BGBl. I S. 3427, zuletzt geändert am 05.12.2012) i.V.m. § 40 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz vom 09.05.1975, BGBl. I S. 1077, zuletzt geändert am 21.01.2013) die in der Anlage beigefügte Vorschlagsliste von Jugendschöffeninnen und Jugendschöffen vor.

### **zu 3.2      Anpassung der Benutzungssatzung an die Gesetzesänderung KiFöG Vorlage: V/2013/11693**

---

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, sprach an, dass die Änderung im Kinderförderungsgesetz (KiFöG) diese Anpassung der Benutzungssatzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen mit sich bringt, da der Ganztagsanspruch ab 01.08.2013 besteht. Es wurden in der Satzung Punkte geändert, die sich durch das Gesetz geändert haben. Dies bedeutet eine große Freiheit für die Nutzer dieser Einrichtungen. Die Satzung wurde aktuell dem geänderten KiFöG angepasst. Es wurden dabei gleich unglückliche Formulierungen, die hier enthalten waren, entsprechend besser formuliert. Für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten heißt die angepasste Betreuungssatzung, dass die Kinder in den dargestellten Betreuungsstufen ab 01.08.2013 angemeldet werden können. Daraus ergeben sich dann die Kosten für die Aufwendungen im Kita-Bereich. Die freien Träger von Kindertageseinrichtungen orientieren sich in ihrer Arbeit auch an den Satzungen der Verwaltung hierzu. Hier ist keine Definition für den Ganztagsplatz mit enthalten. Dafür sind die Betreuungsstufen dargestellt worden. Die Verwaltung wird keine dem Gesetz angepasste sondern eine neue Gebührensatzung im Herbst den Gremien vorlegen. Im Juli wird die Beschlussvorlage zur Anpassung der Finanzierungsrichtlinie an die Gesetzesänderung KiFöG vorgelegt.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, fragte zur weiteren Behandlung an, da die Tagesordnung für die Sitzung im Juni bereits fristgerecht den Mitgliedern zugegangen ist und somit erst die Sitzung am 04. Juli infrage käme.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, sprach an, dass bereits in der nächsten Sitzung hierzu abgestimmt werden müsste, damit die Vorlage beim Stadtrat zur Beschlussfassung erfolgen kann und ein Beschluss vorliegt, damit die Kindertageseinrichtungen danach arbeiten können.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, gab zu bedenken, dass am 06. Juni auch die Eröffnung der Händelfestspiele ist, wo viele Mitglieder dabei sein möchten. Da auf der zugegangenen Tagesordnung für den 06. Juni bereits einige Punkte enthalten sind, die etwas Zeit in Anspruch nehmen werden, schlägt sie vor, den Sitzungsbeginn auf 15.30 Uhr vorzuverlegen, wenn dies noch umsetzbar ist. Ansonsten wird es schwierig mit der Behandlung der Punkte bis 18 Uhr fertig zu sein.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, machte den Mitgliedern nochmals deutlich, wie dringend die Behandlung dieser Vorlage bereits in der Sitzung am 06. Juni ist. Ziel ist es, eine Klarheit zu erreichen, damit die Kindertageseinrichtungen eine gesetzliche Grundlage zur Arbeit ab dem 01.08.2013 vorliegen haben.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, sprach an, dass die Einladung für die Sitzung am 06. Juni bereits fristgerecht den Mitgliedern zugegangen ist und die Frage ist, inwieweit die Öffentlichkeit über einen vorgezogenen Sitzungsbeginn noch informiert werden kann, wenn die Mitglieder mit der Veränderung hierzu einverstanden sind.

**Die Verwaltung** machte darauf aufmerksam, dass es über den vorgezogenen Sitzungsbeginn eine Entscheidung jetzt geben muss, da bei der Redaktion des Amtsblattes bereits Abgabeschluss für die Tagesordnung Juni war und die Verwaltung sich morgen früh bemühen müsste, dort anzufragen, ob eine Korrektur vor dem Druck des Amtsblattes noch möglich ist.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief zur Abstimmung über den **geänderten Sitzungsbeginn am 06. Juni ab 15.30 Uhr auf**.

**Zugestimmt**  
**Keine Gegenstimmen**

Demzufolge erging **durch den Ausschuss der Auftrag an die Verwaltung** morgen mit der Redaktion des Amtsblattes abzuklären, inwieweit vor dem Druck des Amtsblattes eine Korrektur des Sitzungsbeginnes noch möglich ist. Unter der Voraussetzung, dass die Öffentlichkeit ordnungsgemäß und korrekt über die Sitzung am 06. Juni informiert wird, würde der Sitzungsbeginn 15.30 Uhr sein. Die Mitglieder erklärten sich damit einverstanden, dass ihnen eine kurze Information per Email dazu ausreicht.

**Die Verwaltung** sagte eine kurzfristige Abklärung und anschließende Information an die Mitglieder zu.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion** gab noch die Möglichkeit für kurze Anfragen zur Vorlage.

**Anfrage Frau Raab, FDP-Fraktion**, wie die Verwaltung zu den hier vorgelegten Betreuungsstufen gekommen ist.

**Antwort Frau Schöps, Abteilungsleiterin im FB Bildung**, bisher waren als Betreuungsstufe für einen Halbtagsplatz 5 Stunden angegeben. Gegenwärtig erfolgte nur die Anpassung an das neue Gesetz, so dass die Regelung greifen kann, dass ein Ganztagsplatz ab 01.08.2013 in Anspruch genommen werden kann. Zur Definition des Ganztagsanspruches liegt nichts vor. Hierzu gibt es unterschiedliche Regelungen in den Kreisen. Einige verstehen einen Ganztagsanspruch mit 7 Stunden Betreuung.

**Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, ob die Verwaltung sich hierzu mit anderen Kommunen verständigt hat? Sie unterstützt Frau Brederlow in deren Anliegen, dass diese Beschlussvorlage schnellstmöglich beschlossen werden muss. Juli wäre hierfür zu spät. Die Träger von Kindertageseinrichtungen als auch die Eltern wollen wissen, wie es weiter geht.

**Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zur weiteren Verfahrensweise. Wenn der Beschluss zur Anpassung der Benutzungssatzung kommt, muss doch die Änderung der Gebührensatzung und Finanzierungsrichtlinie auch erfolgen.

**Antwort Frau Brederlow**, dass sie vorhin bereits mitgeteilt hat, dass die Anpassung der Finanzierungsrichtlinie als Beschlussvorlage im Juli vorgelegt wird und die neue Gebührensatzung soll im Herbst, hier voraussichtlich im September, vorgelegt werden.

**Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, sprach an, dass die Dringlichkeit der Behandlung dieser Beschlussvorlage gesehen wird und deswegen sollte diese auf den Juni vertagt werden. Er würde dies auch als Antrag einbringen wollen.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.**, sprach an, dass er dies aus der Sicht der Träger von KITA`s verstehen kann. Er hält es für günstiger, wenn die Benutzungssatzung gemeinsam mit der Finanzierungsrichtlinie behandelt wird, dann sollte dies zusammen im Juli erfolgen.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, wies darauf hin, dass die Benutzungssatzung nicht zusammen mit der Finanzierungsrichtlinie behandelt werden muss. In der Benutzungssatzung werden verschiedene Dinge geregelt, wie bspw. die Betriebsferien; An- und Abmeldung oder die Aufsichtspflicht. Die Finanzierungsrichtlinie regelt die finanziellen Dinge. Dies kann also unabhängig voneinander behandelt werden.

**Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, zum § 6 (3), ist dies neu aufgenommen worden, weil dies nicht in der Synopse aufgeführt wird?

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, verneinte dies. Dies ist aus der alten Satzung übernommen worden. Demzufolge muss es nicht in der Synopse aufgeführt werden.

**Anfrage Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, bzgl. des § 6 (3), ob dieses Problem tatsächlich auftritt, wie hier aufgenommen ist.

**Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, ja, solche Probleme treten auf, auch in den Einrichtungen des EB KITA.

**Frau Schöps** sprach an, dass generell die Benutzungssatzung sich nochmal angeschaut werden muss. Jetzt wurden prinzipiell die gesetzlichen Änderungen im KiFöG angeschaut und angepasst, damit die Träger erst mal eine Arbeitsgrundlage haben.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, rief den **Antrag von Herrn Dölle** zur Abstimmung auf, dass diese Vorlage als Dringlichkeitsvorlage in die Sitzung am 06. Juni 2013 eingebracht werden soll.

8 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
2 Enthaltungen

**Mehrheitlich zugestimmt**

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass diese Beschlussvorlage damit als Dringlichkeitsvorlage zur Sitzung am 06. Juni 2013 noch eingebracht und zur Tagesordnung aufgenommen wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Vertagt auf den JHA 06.06.2013

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Anpassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) auf der Grundlage der Gesetzesänderung des KiFöG.

**zu 4        Anträge von Fraktionen und Stadträten und stimmberechtigten Mitgliedern  
(Freie Träger) im JHA**

---

–

**zu 4.1        Antrag Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im JHA auf  
Umsetzung des  
Stadtratsbeschlusses , vorlage V/2012/11263, bis zum 31.05.2013  
Vorlage: V/2013/11668**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** erteilte der Antragstellerin das Wort.

**Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** sprach an, dass alles ihrem Antrag zu entnehmen und dem nichts mehr hinzuzufügen ist. Über diesen Antrag ist dringend abzustimmen.

**Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,** ob das angegebene Datum Mai im Beschlussvorschlag noch realistisch ist?

**Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), antwortete,** dass sie davon ausgegangen ist, dass über den Antrag schon eher abgestimmt werden kann.

**Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung),** trug die Stellungnahme der Verwaltung mündlich vor, da diese noch nicht autorisiert vorgelegt werden konnte. Die Verwaltung wird in der Sitzung am 04. Juli eine Beschlussvorlage „ Kriterienkatalog“ vorlegen.

**Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger),** erklärte sich einverstanden, das Datum in ihrem Antrag auf den 30. Juni 2013 zu verändern, da die Verwaltung zugesagt hat, dass im Juli diese Beschlussvorlage vorgelegt wird.

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion,** rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen)**

**Geänderter Beschluss**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Fachbereich Bildung, den in der 40. Sitzung des Stadtrates am 30.01.2013 gefassten Beschluss unter der Vorlage V/2012/11263 (Kriterienkatalog für die Bemessung der wirtschaftlichen Kraft von Freien Trägern im Bereich Kita) bis zum ~~31. Mai 2013~~ **30. Juni 2013** umzusetzen.

## **zu 5        schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Keine schriftlichen Anfragen vorliegend.

## **zu 6        Mitteilungen**

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, teilte mit, dass die Sitzung am 06. Juni 2013 bereits um 15.30 Uhr beginnen soll. Die Verwaltung bestätigt den Mitgliedern per Email nach Rücksprache mit der Redaktion des Amtsblattes morgen, ob dieser Sitzungsbeginn erfolgen kann. Die Öffentlichkeit muss hiervon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Wenn das gewährleistet ist, steht dem veränderten Sitzungsbeginn nichts im Weg.

---

**Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion**, sprach an, dass im letzten Amtsblatt die falsche Tagesordnung für die Sondersitzung veröffentlicht worden war. Dies hat sie irritiert und verwundert.

**Die Verwaltung** sprach an, dass es hierfür eine Ersatzbekanntmachung in der MZ vom 18.05.2013 gegeben hat.

## **zu 6.1      Anpassung der Finanzierungsrichtlinie an die Gesetzesänderung KiFöG Vorlage: V/2013/11667**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Von TO abgesetzt

## **zu 7        Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Anfrage Frau Hackel, Beratendes Mitglied (Arbeitsagentur)**, wann sie mit einer Beantwortung ihrer schriftlich eingereichten Anfrage rechnen kann.

**Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, dass dies zur Sitzung im Juli frühestens vorgelegt werden kann, da hier mehrere Behörden mit angefragt werden müssen.

---

**Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)**, zur Problematik der schleppenden Bearbeitung der Anträge der KITA-Träger wegen der 5%igen Mehrbelegung in KITA's. Es ist korrekt, dass es sich hierbei um einen formalen Akt handelt, welcher bearbeitet werden muss. Kann die Verwaltung auf Grund ihrer Überlastung in dem Bereich nicht verwaltungsvereinfachender hierzu entscheiden?

**Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung)**, dass sie nicht ausreichend Mitarbeiter hat, welche das zügig bearbeiten können. In dem Bereich befinden sich einige

Mitarbeiter auch im Krankenstand. Hier muss eine Prüfung erfolgen, dass kann erst im Juli beantwortet werden.

---

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., in Bezug auf die in der letzten Sprechstunde erschienene Mutti, welche keinen KITA-Platz hatte. Wie erfolgt in solchen Fällen die Finanzierung, hier auch Tagespflege?

Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), dass die Tagespflege erst am 01.08.2013 gleichgestellt ist in der Finanzierung. Im Übrigen war ein Platz da, auch wenn dies nicht immer der Wunschplatz ist.

Hinweis Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, dass es ein Urteil in den alten Bundesländern mal gab, dass, wenn Eltern keinen Kita-Platz erhalten können und sich dafür privat einen Tagespflegeplatz nehmen, von der Kommune zu übernehmen ist. Wir können Plätze vorweisen, auch wenn diese nicht immer dem Wunsch der Eltern entsprechen. Es gibt einige Tagespflegemuttis, welche zusätzliche Verträge haben zu einer privatrechtlichen Vereinbarung. Dies betraf auch die Mutti, welche im JHA am 02.05.2013 vorgesprochen hatte. Diese hat einen privatrechtlichen Vertrag, zahlt dafür aber keine Gebühren noch extra.

## **zu 8            Anregungen**

---

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, regte an**, dass die Verwaltung sorgfältiger bei der Vorbereitung ihrer Sitzungen vorgehen sollte. Es gab mehrere Kritikpunkte und die Irritationen um die falsche Tagesordnung hätten nicht sein müssen. Die Verwaltung sollte auch die Unterlagen, insbesondere auch die Beschlussvorlagen, fristgerecht den Ausschüssen zukommen lassen, damit die Mitglieder sich vorbereiten können.

**Die Sitzung war um 16.40 Uhr beendet.**

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter

---

Hanna Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
Protokollführer/in